

Rede des Ersten Sekretär der Kommunistischen Partei Kubas und Präsidenten der Republik Miguel Díaz-Canel Bermúdez an der Generaldebatte der 76. Sitzungsperiode der UNO-Vollversammlung, Revolutionspalast, 23. September 2021, „63. Jahrestag der Revolution“

(Stenographische Version – Präsidentschaft der Republik)

Herr Generalsekretär,

Herr Präsident,

wir leben in unsicheren Zeiten. Unter den verheerenden Auswirkungen einer Pandemie, die die strukturellen Ungleichheiten und die globale Krise verschärft hat, ist die Rolle des Multilateralismus und der Vereinten Nationen immer wichtiger geworden, und die internationale Kooperation war nicht ausreichend.

Die jahrzehntelange Anwendung neoliberaler Rezepte hat die Fähigkeit der Staaten verringert, die Bedürfnisse ihrer Bevölkerung zu erfüllen. Die Schwächsten blieben ungeschützt, während reiche Nationen, Eliten und transnationale Pharmakonzerne ihre Gewinne steigern.

Die Bündelung der Kräfte und des Willens zum Wohle der Menschheit ist heute nicht nur dringend, sondern auch moralisch geboten.

Mehr als 4,5 Millionen Menschen sind an den Folgen der Pandemie gestorben, die die Lebensbedingungen auf dem Planeten verschlechtert hat. Die Konsequenzen und Auswirkungen auf alle Gesellschaften sind heute noch nicht absehbar, aber es ist bereits zu sehen, dass sie nicht von kurzer Dauer sein werden. Dies geht aus dem Bericht über die Ziele für nachhaltige Entwicklung 2021 hervor, und die Internationale Arbeitsorganisation prognostiziert, dass bis 2022 weltweit 205 Millionen Menschen arbeitslos sein werden.

Währenddessen und vor aller Augen ist das Ziel der nachhaltigen Entwicklung, die Armut bis zum Jahr 2030 zu beseitigen, bereits ernsthaft gefährdet. Bis 2030 sollte die weltweite Armutsquote bei 7% liegen, das sind rund 600 Millionen Menschen.

In dieser trostlosen Situation waren die Impfungen gegen COVID-19 eine Hoffnung. Bis August 2021 waren weltweit mehr als 5 Milliarden Dosen verabreicht worden, mehr als 80 Prozent davon jedoch in Ländern mit mittlerem und hohem Einkommen, deren Einwohner weit weniger als die Hälfte der Weltbevölkerung ausmachen. Hunderte von Millionen Menschen in einkommensschwachen Ländern warten noch immer auf ihre erste Dosis und können nicht abschätzen, ob sie diese jemals erhalten werden.

Während dies geschieht ist es unbegreiflich, dass allein im Jahr 2020 die weltweiten Militärausgaben fast zwei Billionen US-Dollar betragen. Wie viele Leben hätten gerettet

werden können, wenn diese Mittel für die Gesundheit oder die Herstellung und Verteilung von Impfstoffen ausgegeben worden wären?

Die möglichen Antworten auf diese Frage liegen in einem Paradigmenwechsel und in der Umgestaltung einer zutiefst ungleichen und undemokratischen internationalen Ordnung, die den Egoismus und die kleinlichen Interessen einer Minderheit über die legitimen Bestrebungen von Millionen von Menschen stellt.

Wir werden nicht müde, immer wieder darauf hinzuweisen, dass die verschwenderischen und irrationalen Produktions- und Konsumgewohnheiten des Kapitalismus beendet werden müssen. Sie verschlingen die Umwelt und verursachen den Klimawandel, der die Existenz der menschlichen Gattung bedroht. Die Anstrengungen müssen gemeinsam unternommen werden, dabei haben die Industrieländer die moralische Verpflichtung, die größte Verantwortung zu übernehmen, da sie die Hauptursache für die derzeitige Situation sind und über die entsprechenden Mittel verfügen.

Wir müssen uns um Solidarität, Zusammenarbeit und gegenseitige Achtung bemühen, wenn wir wirksam auf die Bedürfnisse und Wünsche aller Völker eingehen und das Wertvollste bewahren wollen: das Leben und die Würde des Menschen. Unsere Völker haben das Recht auf ein Leben in Frieden und Sicherheit, auf die Entwicklung, auf den Wohlstand und auf soziale Gerechtigkeit. Eine wiederbelebte, demokratisierte und gestärkte UNO ist aufgerufen, eine zentrale Rolle in diesem Bemühen zu spielen.

Herr Präsident,

unter der Führung und auf ständiges Betreiben der Vereinigten Staaten wird eine gefährliche internationale Spaltung vorangetrieben. Durch den schädlichen Gebrauch und Missbrauch von wirtschaftlichem Zwang, der zu einem zentralen Instrument der US-Außenpolitik geworden ist, bedroht und erpresst die US-Regierung souveräne Staaten und setzt sie unter Druck, damit sie sich gegen jene äußern und gegen jene vorgehen, die von dieser Regierung als Feinde betrachtet werden. Sie verlangt von ihren Verbündeten, Koalitionen zu bilden, um rechtmäßige Regierungen zu stürzen, Handelsverpflichtungen zu brechen, bestimmte Technologien aufzugeben oder zu verbieten und ungerechtfertigte gerichtliche Maßnahmen gegen Bürger von Ländern zu ergreifen, die sich nicht fügen.

Sie pflegen den Begriff „Internationale Gemeinschaft“ zu verwenden, um die kleine Gruppe von Regierungen zu bezeichnen, die dem Willen Washingtons folgen, ohne je etwas zu hinterfragen. Die übrigen Länder, die die große Mehrheit dieser Organisation bilden, scheinen in der von den Vereinigten Staaten vertretenen Definition der „Internationalen Gemeinschaft“ keinen Platz zu haben.

Es ist eine Verhaltensweise in Verbindung mit ideologischer und kultureller Intoleranz, mit betont rassistischem Einfluss und einem ehrgeizigen hegemonischen Vorsatz. Es ist weder möglich noch akzeptabel, dass das Recht auf wirtschaftliche und technologische Entwicklung eines Landes durch eine Drohung bestimmt wird. Ebenso wenig ist es

möglich, das Recht eines Staates auf Entwicklung des politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Lebens in Frage zu stellen, das von seinem Volk souverän gewählt wurde.

Kurz gesagt, wir sind heute Zeugen inakzeptabler politischer Praktiken im internationalen Kontext, die gegen die universelle Verpflichtung zur Einhaltung der UN-Charta, einschließlich des souveränen Rechts auf Selbstbestimmung, verstoßen. Unabhängige und souveräne Staaten werden auf vielfältige Weise unter Druck gesetzt, sich dem Willen Washingtons und einer auf dessen willkürlichen Regeln basierenden Ordnung zu unterstellen.

Herr Präsident,

seit mehr als 60 Jahren hat die US-Regierung ihre Angriffe auf Kuba nicht eine Minute lang eingestellt. Aber in diesem für alle Nationen entscheidenden und herausfordernden Moment überschreitet deren Aggressivität alle Grenzen.

Die grausamste und längste Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade, die jemals gegen ein Land verhängt wurde, ist inmitten der Pandemie auf zweckdienliche und kriminelle Weise verschärft worden, und die derzeitige Regierung der Demokraten hält die 243 Zwangsmaßnahmen, die von der Regierung Donald Trumps beschlossen wurden, unverändert aufrecht, einschließlich der Aufnahme Kubas in die verfälschte und unmoralische Liste der Länder, die angeblich den Terrorismus unterstützen.

In diesem Zusammenhang wird ein unkonventioneller Krieg gegen unser Land geführt, für den die US-Regierung öffentlich und notorisch mehrere Millionen Dollar durch Manipulations- und Lügenkampagnen aufwendet, indem sie die neuen Informationstechnologien und andere digitale Plattformen nutzt, um nach innen und außen ein absolut falsches Bild der kubanischen Realität zu vermitteln, Verwirrung zu stiften, das Land zu destabilisieren, zu diskreditieren und das Dogma des Regimewechsels zu rechtfertigen.

Sie haben alles getan, um die kubanische Revolution von der politischen Landkarte der Welt zu tilgen. Sie akzeptieren keine Alternativen zu dem Modell, das sie für ihren eigenen Hinterhof konzipieren. Ihr Plan ist pervers und unvereinbar mit der Demokratie und Freiheit, für die sie eintreten.

Aber unsere Feinde müssen sich darüber im Klaren sein, dass wir die Heimat und die Revolution, die uns mehrere Generationen von aufrechten Patrioten hinterlassen haben, nicht aufgeben werden.

Heute möchte ich vor der respektablen und wahren Gemeinschaft der Nationen, die jedes Jahr fast einstimmig gegen die Blockade stimmt, wiederholen, was Armeegeneral Raúl Castro vor einigen Jahren gesagt hat, und ich zitiere: *“Kuba fürchtet nicht die Lügen und fällt auch nicht vor dem Druck, den Vorbedingungen und den verhängten Maßnahmen auf die Knie, woher auch immer diese kommen mögen...”*.

Herr Präsident,

die kolossalen Herausforderungen schrecken uns nicht ab. Wir schaffen weiter für Kuba. Wir üben selbstlose Solidarität mit jenen, die unsere Hilfe brauchen, und wir nehmen solche auch dankbar von Regierungen, Völkern, Freunden und der kubanischen Gemeinschaft im Ausland entgegen. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um allen für ihre Unterstützung in dieser Etappe zu danken, die die Werte der Menschlichkeit und der internationalen Kooperation ohne Bedingungen und ohne Einmischung hochhalten.

Zu gegebener Zeit hatte Kuba aufgrund der eingegangenen Ersuchen und geleitet von seinem Verständnis von Solidarität und Humanismus, mehr als 4.900 Mitarbeiter, organisiert in 57 medizinischen Brigaden, in 40 von COVID-19 betroffene Länder und Gebiete entsandt.

Diese engagierten Mitarbeiter des Gesundheitswesens haben im Kampf gegen die Pandemie innerhalb und außerhalb Kubas nicht eine Minute geruht. Es sind dieselben, die nach dem verheerenden Erdbeben vor wenigen Wochen der haitianischen Bevölkerung halfen; es sind dieselben, die von weit entlegenen Orten in eine kubanische Provinz fahren, ohne sich den Staub des Weges abzuschütteln, sogleich mit ihrem Fachwissen und ihren Kenntnissen bereit stehen, um Leben zu retten.

Sie sind weit mehr als Helden des Alltags, sie sind der Stolz unserer Nation und ein Symbol für ihre Berufung zur Gerechtigkeit. Dutzende von Persönlichkeiten und Tausende von Menschen haben für sie die Kandidatur für den Friedensnobelpreis unterzeichnet.

Ebenso stolz sind wir auf die kubanische Gemeinschaft der Wissenschaftler, die trotz großen Mangels drei Impfstoffe und zwei Impfstoffkandidaten gegen die COVID-19-Pandemie entwickelt haben, inspiriert von einer Idee des Comandante en Jefe der kubanischen Revolution, der 1960 erklärte, dass *“die Zukunft unseres Heimatlandes notwendigerweise die Zukunft von Menschen der Wissenschaft sein muss ...”*.

Dank der Unterstützung unserer Frauen und Männer der Wissenschaft und des Gesundheitspersonals konnten bis in die ersten zehn Tagen dieses Monats 15,8 Millionen Dosen der Impfstoffe Abdala, Soberana 02 und Soberana Plus verabreicht werden. 37,8% der kubanischen Bevölkerung haben das komplette Impfschema erhalten. Wir streben eine vollständige Immunisierung der Bevölkerung bis Ende 2021 an, was uns Fortschritte im Kampf gegen das Wiederaufflammen der Pandemie ermöglichen wird.

Herr Präsident,

wir bekräftigen das Streben nach völliger Unabhängigkeit für unser Amerika und die Zugehörigkeit zu einer wirtschaftlich und sozial integrierten Region Lateinamerikas und der Karibik, die in der Lage ist, die Verpflichtung der Proklamation Lateinamerikas und

der Karibik als Zone des Friedens gegen die Bestrebungen zur Wiedereinführung der Monroe-Doktrin und der neokolonialen Herrschaft zu verteidigen.

Wir stellen uns ebenso den Versuchen entgegen, die verfassungsmäßige Ordnung und die zivil-militärische Einheit zu destabilisieren und zu unterwandern und das Werk zu zerstören, das von Comandante Hugo Chávez Frías begonnen und von Präsident Nicolás Maduro Moros zugunsten des venezolanischen Volkes fortgesetzt wird. Wir betonen, dass die Bolivarische Republik Venezuela immer auf die Solidarität Kubas zählen kann.

Wir wiederholen unsere feste Absicht, unser nikaraguanisches Brudervolk und seine Regierung der Versöhnung und der nationalen Einheit unter der Führung von Comandante Daniel Ortega zu unterstützen, die mutig und würdig die erreichten Errungenschaften gegenüber den Drohungen und Einmischungsversuchen der Regierung der Vereinigten Staaten verteidigen.

Wir stehen an der Seite der Nationen der Karibik, die eine gerechte Entschädigung für die Schrecken der Sklaverei und des Sklavenhandels fordern. Wir unterstützen ihren Anspruch auf gerechte, spezielle und differenzierte Behandlung, die unerlässlich ist, um den Herausforderungen des Klimawandels, der Naturkatastrophen, des ungerechten internationalen Finanzsystems und den schwierigen Bedingungen der Covid-19-Pandemie zu begegnen.

Wir bekräftigen, dass das Volk von Puerto Rico nach mehr als einem Jahrhundert der kolonialen Herrschaft frei und unabhängig sein muss.

Wir sind solidarisch mit der Argentinischen Republik in ihrem legitimen Anspruch auf Souveränität über die Malwinen, Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln sowie die umliegenden Seegebiete.

Wir bekräftigen unser Engagement für den Frieden in Kolumbien. Wir sind davon überzeugt, dass eine politische Lösung und ein Dialog zwischen den Parteien der richtige Weg ist.

Wir fordern außerdem ein Ende der Einmischung von außen in Syrien und die uneingeschränkte Achtung der Souveränität und territorialen Integrität jenes Landes, während wir gleichzeitig die Suche nach einer friedlichen und auf dem Verhandlungsweg erzielten Lösung für die Situation unterstützen, die diesem Brudervolk aufgezwungen wurde.

Wir fordern eine gerechte, umfassende, integrale und dauerhafte Lösung des Nahostkonflikts, einschließlich der Beendigung der israelischen Besatzung der usurpierten palästinensischen Gebiete und der Ausübung des unveräußerlichen Rechts des palästinensischen Volkes auf die Errichtung eines eigenen Staates in den Grenzen vor 1967 mit seiner Hauptstadt in Ost-Jerusalem.

Wir verurteilen die gegen die Islamische Republik Iran verhängten einseitigen Zwangsmaßnahmen.

Wir bekräftigen unsere unerschütterliche Solidarität mit dem westsaharischen Volk.

Wir verurteilen die ungerechten einseitigen Sanktionen gegen die Demokratische Volksrepublik Korea aufs Schärfste.

Wir bekräftigen unsere unerschütterliche Unterstützung für den Grundsatz „Ein China“ und wenden uns gegen jeden Versuch, die territoriale Integrität und Souveränität der Volksrepublik China zu untergraben, sowie gegen die Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten.

Wir lehnen die Absicht ab, die NATO-Präsenz bis an die Grenzen Russlands auszudehnen, die Einmischung in seine souveränen Angelegenheiten und die Verhängung einseitiger und ungerechter Sanktionen gegen Russland.

Wir klagen die ausländische Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik Belarus an und bekräftigen unsere Solidarität mit Präsident Alexander Lukaschenko und dem brüderlichen belarussischen Volk.

Die UNO kann die Lektion von Afghanistan nicht ignorieren. Es mussten zwei Jahrzehnte der Besetzung vergehen, mit Tausenden von Toten, zehn Millionen Vertriebenen und Billionen von US-Dollar an Ausgaben, die sich in Profite für den militärisch-industriellen Komplex verwandeln, um zu dem Schluss zu kommen, dass Terrorismus nicht mit Bomben verhindert oder bekämpft werden kann, dass Besetzung nur Zerstörung hinterlässt und dass kein Land das Recht hat, souveränen Nationen seinen Willen aufzuzwingen. Afghanistan ist kein Einzelfall. Es hat sich gezeigt, dass dort, wo die Vereinigten Staaten intervenieren, Instabilität, Tod und Leid wachsen und bleibende Narben zurückbleiben.

Herr Präsident,

wir bekräftigen die Entschlossenheit Kubas, auch weiterhin Wahrheiten klar beim Namen zu nennen, auch wenn das einige sehr stört, dass wir die Prinzipien und Werte verteidigen, an die wir glauben, dass wir eine gerechte Sache gutheißen, Missbräuchen entgegentreten, wie wir es mit ausländischer Aggression, Kolonialismus, Rassismus und Apartheid getan haben, und unermüdlich für mehr Gerechtigkeit, Wohlstand und Entwicklung für unsere Völker zu kämpfen, die eine bessere Welt verdienen.

Vielen Dank.